



2021/31 Ausland

<https://shop.jungle.world/artikel/2021/31/mit-steinigung-bartwuchs-und-misogynie-zur-nation>

Die afghanischen Taliban greifen wichtige Provinzhauptstädte an

Mit Steinigung, Bartwuchs und Misogynie zur Nation

Von **Thomas K. Gugler**

In Afghanistan sollen die Taliban an der Regierung beteiligt werden. Derzeit gehen sie jedoch militärisch in die Offensive, um wichtige Provinzhauptstädte zu erobern.

Die Demokratisierung ist abgeblasen. Das Abkommen des damaligen US-Präsidenten Donald Trump mit den Taliban vom Februar 2020 sah vor, dass Afghanistan nach Abzug der Nato-Truppen eine neue Regierung bekommen soll, die sich durch die politische Einbeziehung der Taliban deutlich von der vorherigen unterscheidet. Seit dem 12. September vergangenen Jahres ringt die Regierung von Präsident Ashraf Ghani mit den Taliban in Doha um das künftige Kräfteverhältnis und den Charakter des neuen, noch stärker auf dem Islam begründeten Staates.

Die politischen Ziele der Taliban bleiben bislang unklar: Sie fordern Ghanis Rücktritt und einen islamischen Staat. Der soll sich durch Geschlechtertrennung, »Ehre« für alle Frommen durch Rauch- und Rasierverbote sowie ein »schnelles und transparentes Rechtssystem« auszeichnen, das ohne viel Federlesens der Korruption oder Sittenlosigkeit Verdächtige aufknüpfen lässt.

Die Taliban folgen der pakistanisch-sunnitischen Deobandi-Ideologie, einer sehr dogmatischen Auslegung des Islam, die eine kompromisslose Rückkehr zur »Reinheit des Glaubens« fordert und alles Un- und Vorislamische gänzlich verwirft. Entsprechend besteht bei den Taliban große Unklarheit über weitere Staatsziele. Nur mit Misogynie, langen Bärten und Steinigungen wird die Nationenbildung kaum gelingen.

Militärisch aber dringen die Taliban stetig vor, während der politische Einigungsprozesses für sie nur geringen Stellenwert besitzt. Gegenwärtig kontrollieren sie nach eigenen Angaben 70 bis 85 Prozent Afghanistans. Das US-amerikanische Verteidigungsministerium schätzt, dass die Taliban derzeit rund 226 der 421 Distrikte dominieren, was 53 Prozent des Territoriums entspricht; im April waren es noch 77 Distrikte. In 116 Distrikten ist die

Kontrolle umstritten, oft aufgrund andauernder Kämpfe. In ländlichen Gebieten fügen sich Dorfbälteste häufig den Taliban, um Blutvergießen zu vermeiden. Die strategisch wichtigen 34 Provinzhauptstädte hatten die Taliban bis zum Wochenende verschont.

Imame in eroberten Gebieten fertigen Listen von über 15jährigen Mädchen an, die dann mit Talibankämpfern zwangsverheiratet werden.

Ein Vorgeschmack auf das Kommende bietet die Grenzstadt Spin Boldak in der Provinz Kandahar. Die Taliban eroberten im Juli den Grenzposten, 46 afghanische Grenzsoldaten flohen nach Pakistan. Außergerichtlich exekutiert wurden in Spin Boldak unter anderem der Tiktok-Komiker Nazar Mohammed alias Khasha Zwan und der indische Fotojournalist und Pulitzer-Preisträger Danish Siddiqui. Zwans Familie macht die Taliban für den Mord verantwortlich. Imame in eroberten Gebieten fertigen Listen von über 15jährigen Mädchen an, die mit Talibankämpfern zwangsverheiratet werden sollen. Insgesamt eroberten die Taliban im Juli vier afghanische Grenzübergänge.

Am Wochenende nun griffen die Taliban die drei wichtigen Provinzhauptstädte Herat, Kandahar und Lashkar Gah an. Kandahar und Herat sind nach Kabul die beiden größten Städte Afghanistans. Der koordinierte und gleichzeitige Angriff auf drei Provinzhauptstädte ist eine enorme Herausforderung für Afghanische Nationalarmee (ANSF). In Herat bekämpft die Privatmiliz des Warlords Ismail Khan gemeinsam mit ANSF-Truppen die Taliban in den Straßen. Dabei geriet das UN-Hauptquartier unter Granatenbeschuss, ein afghanischer Wachmann starb. Die UN sprachen von einem möglichen Kriegsverbrechen, der Sprecher der Taliban von einem Kollateralschaden.

In den vergangenen Tagen fanden mehrere hochrangige Treffen mit Vertretern der Taliban statt. Chinas Außenminister Wang Yi einigte sich mit den Taliban in Tianjin, dass diese die Islamische Bewegung Ostturkestans nicht mehr unterstützen, die eine Loslösung der islamisch geprägten Provinz Xinjiang von China anstrebt. Steve Brooking von der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (Unama) überreichte den Taliban am Wochenende eine detaillierte Karte mit allen UN-Standorten, um Zwischenfälle wie in Herat künftig zu vermeiden. Für die deutsche Bundesregierung traf Jasper Wieck, Sonderbeauftragter für Afghanistan und Pakistan, am Samstag eine Delegation der Taliban in Doha und überreichte eine Liste mit Namen von Entwicklungshelfern, die verschont werden mögen. Die Taliban bedankten sich für die Entwicklungshilfe der Bundesregierung und sicherten deutschen Wiederaufbauprojekten ihren Schutz zu, insbesondere wenn deren Finanzierung fortgesetzt werde, was Deutschland zusicherte.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden der Unama zufolge in Afghanistan 1 659 Zivilisten getötet und 3 524 verletzt – ein Zuwachs von 47 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Die Hälfte der in diesem Jahr Verletzten und Getöteten entfällt allein auf die Monate Mai und Juni. Mehr als 200 000 Menschen wurden in der ersten Jahreshälfte vertrieben. Im Juli intensivierten die Taliban ihre Angriffe: In Herat, Kandahar und Lashkar Gah tobten am Wochenende die heftigsten Straßenschlachten seit 20 Jahren. Die Taliban besetzten mehrere Krankenhäuser, um ihre Verletzten behandeln zu lassen – in Lashkar Gah reagierte die Regierung mit einem Luftangriff auf ein Krankenhaus. Kandahar soll nach dem Willen der Taliban ihre neue Interimshauptstadt werden. Die Landebahn des

Flughafens in Kandahar beschädigten sie durch Raketenbeschuss, um Luftangriffe der Regierung zu erschweren. Kabuls internationaler Flughafen soll von einem türkischen Militärkontingent gesichert werden, sofern die US-Regierung dafür aufkommt – die gefährliche Arbeit wird über private türkische Sicherheitsfirmen an syrische Söldner outgesourct. Dass die USA sich darauf einlassen, darf bezweifelt werden.

Die deutlich mehr als 47 Milliarden Euro (die von der Bundesregierung vermeldeten 12,5 Milliarden Zusatzkosten für die Bundeswehr enthalten weder die Grundgehälter der Soldaten noch einsatzunabhängige übliche Materialkosten), die Deutschland aufgewendet hat, erscheinen heute als Investition, die Fluchtursachen eher verschärft denn mindert: Tadschiken, Usbeken, Hazara und städtische Afghaninnen wollen nicht von den Taliban regiert werden. Über 71 Prozent der 40 Millionen Afghaninnen und Afghanen sind jünger als 30 Jahre, über 63 Prozent jünger als 25 und somit in etwas liberaleren Verhältnissen aufgewachsen.

In einigen Distrikten stehen die Vorzeichen daher auf Bürgerkrieg. Den möchten selbst viele Taliban lieber vermeiden. Den politischen Sieg kann ihnen ohnehin keiner mehr nehmen. Auf der anderen Seite macht die Gelegenheit Kriege. Dies gilt nicht nur für überzeugte Jihadisten, sondern auch für viele perspektivlose junge Männer, die unter der hohen Arbeitslosigkeit leiden und die neue Freiheit oft als Abwesenheit jeglicher Ordnungsmacht verstehen.

Die Gründe für das Scheitern der westlichen Interventionspolitik in Afghanistan sind zahlreich. Mit der Invasion im Irak im März 2003 transferierten die USA Analysten und militärische Ressourcen von Afghanistan in den Irak – in der naiven Hoffnung, europäische Regierungen könnten in Afghanistan die Führung übernehmen. Aber auch diese hatten keine Pläne für Friedensschaffung und Nationenbildung. Die Nato betrieb vor allem die Bürokratisierung des Einsatzes. Weder UN noch Nato entwickelten eine Pakistan-Strategie, obwohl die afghanischen Taliban und das islamistische Haqqani-Netzwerk vom pakistanischen Geheimdienst gelenkt und 80 Prozent der Truppenversorgung der Nato in Afghanistan über Pakistan abgewickelt wurden. Das Nachbarland förderte die Talibanisierung Afghanistans an seiner Westgrenze mit dem Ziel, »strategische Tiefe« für den Konflikt mit Indien zu erreichen und die Zentralregierung in Kabul zu schwächen.

Für Pakistan sind die afghanischen Taliban das, was für den Iran die Hizbollah ist. Pakistan gehört zu den Gewinnern des Krieges, weil der Westen dessen Rolle in Afghanistan jahrelang ignorierte. Das mächtigste Militärbündnis der Welt scheiterte in einem der ärmsten Länder der Erde, und im Laufe von zwei Jahrzehnten waren keine Lerneffekte in der Militärbürokratie zu verzeichnen. Die Niederlage am Hindukusch zeigt das Versagen und die Beratungsresistenz im politischen Betrieb und den militärischen Institutionen der europäischen Regierungen. Dort fehlt es an strategischem Denken und auch an technischer Qualifikation für eine militärische Präsenz in Afghanistan, so dass die Nato ohne den Schutzschirm der USA nichts bewirken kann, wie die NGO International Crisis Group feststellt. Dieses Versagen muss aufgearbeitet werden.

Die Nato hat den Afghanistan-Krieg verloren, am meisten zu verlieren hat die afghanische Bevölkerung. Wirtschaftlich wird wohl der Iran von neuen Handelsmöglichkeiten in Afghanistan am meisten profitieren. Das iranische Regime kooperiert militärisch mit den Taliban bei der Bekämpfung des »Islamischen Staates«. Politisch ist der Erfolg der Taliban

ein Erfolg des pakistanischen Geheimdienstes ISI. Aber mit dem Machtzuwachs der Taliban schwindet Pakistans Kontrolle. Nun sähe die pakistanische Regierung lieber eine politische Lösung, also eine neue Regierung mit den Taliban als stärkster politischer Kraft.

China und Russland wollen ein Übergreifen des religiösen Extremismus in Grenzregionen verhindern, beide hätten die Taliban lieber als Minderheitspartner in der neuen Regierung; für Indien und den Iran gilt dies noch mehr. Die raschen Bodengewinne der Taliban werden für Pakistan zum Dilemma: Die Talibanisierung wird an der Grenze nicht haltmachen und auf die Dauer so auch die Stabilität Pakistans gefährden. Die pakistanischen Taliban profitieren vom Erstarken der afghanischen Brüder und die Flüchtlingsströme aus Afghanistan werden vor allem Pakistan belasten. Der ISI mag freundschaftliche Verhältnisse zu den afghanischen Taliban (unter anderem zu den Organisationen Quetta Shura, Miramshah Shura und Peshawar Shura) pflegen, die pakistanischen Taliban hingegen hassen den Staat. Die nächsten Kämpfe könnten noch heftiger werden.